



Betriebsratswahlen

Gut vorbereitet an den Start

Unter diesem Motto sollten die Betriebsgruppen spätestens jetzt ihre Vorbereitungen zu den kommenden Betriebsratswahlen im Jahr 2010 aufnehmen. Es ist höchste Zeit.

Auch wenn der offizielle Zeitraum zu den regelmäßigen Wahlen erst am 1. März bis 31. Mai 2010 einsetzt, zeigt die betriebliche Praxis gerade in der Industrie (Metall, Chemie et cetera), dass Land auf Land ab die Vorbereitungen von den unterschiedlichsten Gruppen bereits im vollen Gange sind. Wollen hier die ver.di Betriebsgruppen nicht zu spät kommen, wird es nun höchste Zeit.

Für ver.di sind die Betriebsratswahlen in der Industrie in den vergangenen Jahren immer schon etwas besonderes gewesen, da im Vorwege der Wahlen beziehungsweise der Aufstellung der Kandidaten- und Kandidatinnen-Listen häufig Abstimmungsbedarf mit der im Betrieb zuständigen IG-Gewerkschaft von Nöten ist. In der Vergangenheit war dies auch häufig problembeladen. Rechtzei-



tiges Handeln hilft hier Probleme möglichst klein zu halten. Wichtig zu wissen ist allerdings in diesem Zusammenhang, dass die IG-Gewerkschaften ihre Kandidatinnen und Kandidaten sehr frühzeitig zumeist von ihrem Vertrauensleutekörper bestimmen lassen, vor allem verbreitet in der Metallindustrie. Ist hier eine Liste – häufig auch nicht ohne Probleme – erst einmal zustande gekommen, ist es sehr schwer, ver.di-Kandidatinnen und -Kandidaten auf dieser Liste noch auf sogenannten „sicheren Plätzen“ zu platzieren. Je nach betrieblicher Situation ist hier also Eile geboten. Sollte es

hierbei zu Schwierigkeiten kommen, sollte unverzüglich der zuständige ver.di-Bezirk benachrichtigt werden – häufig auch die Fachbereichsleitung (Fachbereich 8) in der Landesbezirks-geschäftsstelle. Diese sind aufgefordert, Konflikte mit der zuständigen IG-Gewerkschaft vor Ort zu lösen. Erst wenn es hier zu keiner befriedigenden Lösung kommt, ist die Bundesebene einzuschalten, vergleichbar dem betrieblichen Orientierungsrahmen.

Die Bundesfachgruppe Industrie/industrielle Dienstleistung fordert die Mitglieder auf sich aktiv bei der Bildung von Betriebsräten in der Industrie zu beteiligen. Im Konfliktfall werden wir die Lösung der Probleme unterstützen können. Zu diesem Zweck wird unter anderem eine Info-Mappe bereitgehalten. Diese wird neben

der 2+2+2-Vereinbarung, dem betrieblichen Orientierungsrahmen viele nützliche Informationen und Handlungsanleitungen enthalten.

Grundsätzlich muss es aber heißen: Wir versuchen gemeinsame Listen mit der jeweiligen Industriegewerkschaft zu bilden. Kommt dies nicht zustande oder entstehen Meinungsverschiedenheiten bei der Platzierung auf so genannten sicheren Plätzen muss – bevor die eigene Listen erstellt und eingereicht werden – die zuständige ver.di-Bezirks-geschäftsstelle eingeschaltet werden. Um nach Möglichkeit eine gütliche Einigung doch noch mit der IG-Gewerkschaft herbeizuführen. ■ PH

Mehr Informationen dazu unter: <http://br-wahl.verdi.de/>

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ich freue mich, heute die erste Ausgabe unseres Industrie-Reports vorstellen zu dürfen.

Hiermit wird die Bundesfachgruppe Industrie/industrielle Dienstleistungen in regelmäßigen Abständen Neuigkeiten und aktuelle Nachrichten aus allen Bereichen der Fachgruppe präsentieren um einen noch engeren Kontakt zu ihren Mitgliedern in der Industrie herzustellen.

Des Weiteren möchten wir auch über die Grenzen der Fachgruppe hinaus eine stärkere Präsenz im Fachbereich Medien, Kunst und Industrie erzielen und eine Informationsplattform für alle weiteren Interessenten anbieten.

Insbesondere die Beschäftigungssituation in den Metall-, Elektro- und Stahlindustrie, den Chemiebetrieben sowie bei den öffentlich bestell-



Foto: Chr. v. Polentz

ten Vermessungsingenieuren und den Augenoptikern bieten ein dermaßen breites und abwechslungsreiches Themenspektrum, dass jede Menge interessanter und wichtiger Beiträge zu erwarten sind.

Da unsere ver.di-Mitglieder in der Industrie in den Betrieben oftmals „Einzelkämpfer“ sind, halten wir es für außerordentlich wichtig, durch den Industrie-Report eine Plattform zum überbetrieblichen und überregionalen Informationsaustausch anzubieten.

Unser Redaktionsteam, der Bundesfachgruppenvorstand und ich als Vorsitzender der Bundesfachgruppe werden dafür Sorge tragen, dass die ungeheure Bandbreite der verschiedenen Firmen und Berufe, die in der Fachgruppe versammelt sind, in unserer Publikation spannend und abwechslungsreich dargestellt wird.

Ich freue mich darauf und wünsche uns viel Spaß beim Lesen des Industrie-Reports. ■

Mit kollegialen Grüßen
Matthias Träger

Mitgliedernetz

Auf einen Blick

Serviceleistungen auf einen Blick – Mitgliederinformationen – Angebote zum Mitmachen – Recht und Rat – Kommentare und Bewertungen – Infos zur Weiterentwicklung des Mitgliedernetzes und die Meinung der Mitglieder, das sind die Maschen, aus denen das ver.di-Mitgliedernetz geknüpft ist. Hier gibt es die exklusiven Informationen, eben nur für Mitglieder. Hier kann jeder seine Schlagwörter setzen, Anregungen und Kritik loswerden, sich über Aktionen informieren und die Kommentare der Kolleginnen und Kollegen lesen. Einzige Bedingung: beim ersten Einloggen sollte die Mitgliedsnummer zur Hand sein.

Im ver.di-Mitgliedernetz gibt es spezielle Informationen für Aktive und Betriebsräte. Dort kann man nachlesen, warum die „Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen“ CGZP nach Ansicht des Arbeitsgerichts Berlin nicht tariffähig ist. Dort steht, was die Konsequenzen aus dieser Arbeitsgerichtsentscheidung für die Zeitarbeitnehmerinnen und Zeitarbeitnehmer sind, die mit diesen nunmehr ungültigen Tariflöhnen abgespeist wurden. Welche Ansprüche sie nun wie geltend machen können.

Dort, im Mitgliedernetz, finden junge Leute wichtige Informationen zur Arbeit in der Jugendvertretung, der JAV, und der kommenden Bundeskonferenz der JAVen im Oktober, bei dem die Zukunftsperspektive von Auszubildenden in der gegenwärtigen Krise das wichtigste Thema sein wird. Und dort findet jede und jeder sofort in der Rubrik „Individuell“ Adresse, Telefon und Mail ihres oder seines ver.di-Bezirks – ohne langes Suchen. ■

Auf einen Klick: <https://mitgliedernetz.verdi.de/>

Auf einen Klick: <https://mitgliedernetz.verdi.de/>

sus



Foto: Peter Schmidt

Betriebsgruppen

Was macht denn ver.di im Stahlbereich?

Diese Frage wird uns oft gestellt. Wir waren früher Teil der DAG, die ja bekanntlich Tarifpartner im Stahlbereich war. Seit der Gründung von ver.di haben wir diesen Status verloren, bleiben aber ver.di treu. Da ver.di dem DGB angehört und das Prinzip „Ein Betrieb, eine Gewerkschaft“ gilt, werden wir häufig als Störfaktor gesehen.

Wir lassen uns davon aber nicht entmutigen. Wir unterstützen unsere Schwestergewerkschaft, die IG Metall, bei allen Aktionen. Gerade in der derzeitigen wirtschaftlichen Lage ist eine gemeinsame Front gefragt. Die Akzeptanz unserer Arbeit sehen wir durch die gleichbleibend hohe Mitgliederzahl in unserem Bereich. In unserem 39-köpfigen Betriebsratsgremium sind acht ver.di-Betriebsräte vertreten.

Personalabbau angekündigt

Wie viele in der Fachgruppe Industrie und Industrielle Dienstleistungen in ver.di sicher schon aus den Medien erfahren haben, sind im Konzern ThyssenKrupp AG umfangreiche Umstrukturierungs- und Einsparungsmaßnahmen vorgesehen, bei denen sich der angekündigte Personalabbau in einer Größenordnung von 4000 Stellen bewegen soll. Davon sollen angeblich 2000 Stellen im Stahlbereich eingespart werden. Wir sind in Duisburg Hamborn/

Beeckerwerth mit über 13.000 Mitarbeitern der bei weitem größte Standort.

Die Planungen unserer Konzernleitung ändern sich ständig. Zwei Vorstandsmitglieder mussten schon ihren Hut nehmen und bei den Mitarbeitern herrscht große Angst. Seit Februar wird großflächig Kurzarbeit gefahren, was weder dem Geldbeutel, noch der Moral gut tut. Hier soll jetzt mal wieder die Belegschaft für die von ihr nicht verschuldete Lage die Zeche bezahlen.

Unterstützung durch ver.di-Kolleginnen

Wir stecken also schon bis über beide Ohren im Arbeitskampf und es ist sehr erfreulich, wenn wie bei der Großdemo im April in Duisburg Beeck mit über 10.000 Teilnehmern auch ver.di-Kolleginnen aus dem Krankenhausbereich erscheinen und uns bei unseren Aktionen unterstützen.

Arbeit der Betriebsgruppe

Ein wichtiges Standbein für unsere Arbeit ist natürlich die Akzeptanz der ver.di-Betriebsräte im Unternehmen, da uns bei Betriebsratswahlen durchaus nicht nur ver.di-Mitglieder wählen. Wenn es 2010 wieder an die Wahlurnen im Betrieb geht, haben wir bereits zwölf erfolgreiche Jahre im Betriebsrat hinter uns.

Ein weiteres Standbein ist die Arbeit der Betriebsgruppe selbst, in der ein hohes Maß an demokratischer Mitbestimmung gegeben ist. So ist zum Beispiel in dem Betriebsgruppenvorstand nur ein aktives Betriebsratsmitglied vertreten. Die absolute Stimmenmehrheit liegt bei den Mitgliedern. Weiterhin besitzt für uns die Informationsarbeit für die Belegschaft einen sehr hohen Stellenwert. Seit vielen Jahren informieren wir unsere Kolleginnen und Kollegen durch einen Mailverteiler nach jeder Betriebsrats-sitzung über die aktuellen Themen und haben seit kurzem auch einen Verteiler für gewerkschaftliche Themen aufgebaut.

Infos und soziales Engagement

Öffentlichkeitsarbeit und soziales Engagement kommen bei uns auch nicht zu kurz. In den fast zwölf Jahren hat es einige Spendenaktionen gegeben. Wenn es in Betrieben zu Sommerfesten oder Fußballturnieren kommt, sind wir uns auch nicht zu schade, mal die Ärmel hochzukrempeln und mit anzupacken. Auch die Spende eines Fairnesspokals und eines Satzes Trikots mit ver.di-Aufdruck oder an ein Duisburger Kinderheim gab es schon. Aber wir wollen noch besser werden. Und wir bauen weiter auf die Unterstützung der Belegschaft und unserer ver.di-Mitglieder. ■

Klaus Mitzkat

Apollo-Optik

Tarifverhandlungen wieder vertagt – Übereinstimmungen zurückgenommen

Die Tarifverhandlungen mit Apollo-Optik sind in den Herbst 2009 vertagt. Dabei nahm die Geschäftsführung auch alle bisher erzielten grundsätzlichen Übereinstimmungen zurück. So lautete das Angebot, das den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern beim Gesprächsauftritt im März unterbreitet wurde.

Haben das die Beschäftigten verdient?

Nach einem sehr erfolgreichen Geschäftsjahr 2008 kann kein Beschäftigter diese Entscheidung der Geschäftsführung verstehen geschweige denn, sie wirklich ernst nehmen. Sicher ist die wirtschaftliche Situation angespannt und die Erwartungen für 2009 unsicher, aber rechtfertigt dies die Androhung von Kurzarbeit in den Filialen oder ersatzweise – wenn dies nicht ausreicht – Personalabbau bei Apollo-Optik und die Taktik, die Tarifverhandlungen bis Oktober 2009 ohne Ergebnis zu vertagen? Die Tariff Kommission zeigte sich zumindest sehr verwundert und enttäuscht über diese Entscheidung. Besondere Situationen erfordern



Foto: Peter Haacke

besondere Maßnahmen. Wir haben daher der Geschäftsführung vorgeschlagen, auf die Kündigung von Tarifangestellten solange zu verzichten, wie die Tarifverhandlungen unterbrochen sein werden. Hierüber wurde schließlich auch eine Vereinbarung getroffen. Diese sah vor, dass die Tarifverhandlungen bis zum 30. Juni vertagt werden, und dass in dieser Zeit auch keine betriebsbedingten Kündigungen von Tarifangestellten durch Apollo ausgesprochen werden. Die Tarifverhandlungen sollten vereinbarungsgemäß am 18./19. Juni 2009 wiederaufgenommen werden.

Rechtzeitig vor Wiederaufnahme der Verhandlungen erreichte ver.di jedoch ein Schreiben der

Geschäftsführung von Apollo, in dem mitgeteilt wurde, dass man sich aufgrund der aktuellen Geschäftszahlen in Europa außerstande sieht, einen Tarifvertrag mit entsprechenden Einkommensverbesserungen zur Zeit abzuschließen. Es wurde wieder vorgeschlagen, die Tarifverhandlungen bis in den September zu vertagen. Zugleich bot die Geschäftsführung eine Verlängerung der Vereinbarung über den Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen an.

Die Tariff Kommission entschloss sich, das Angebot anzunehmen – in der Hoffnung, dass im September die Verhandlungen zügig und mit dem ernstesten Willen zum Abschluss fortgeführt werden. Die

Tariff Kommission verwies erneut darauf, dass sie gegenwärtig keine Veranlassung hat, von ihren Forderungen, die bereits im März gegenüber Apollo begründet wurden, in irgendeiner Weise Abstand zu nehmen oder diese zu relativieren.

Dies sind unsere Forderungen vor dem Hintergrund des vergangenen erfolgreichen Wirtschaftsjahres 2008 von Apollo-Optik:

- Anhebung der Entgeltsätze in allen Gruppen um € 130;
- Einheitliches Entgeltniveau für das Land Berlin;
- Volle Angleichung der Entgelte Ost an das Westniveau in drei Stufen;
- 30 Tage Urlaub für alle Beschäftigten ohne Altersbeschränkung.

Es gilt mehr denn je...

Die Beschäftigten müssen jetzt zusammen handeln, der/die Einzelne steht gegenüber Apollo-Optik auf verlorenem Posten. Es gilt mehr denn je, die Forderungen der ver.di-Tariff Kommission zu unterstützen. ■

PH

Deutliche Verbesserungen für Bayerns Augentoptiker

Die wirtschaftliche Situation im bayerischen Augentoptiker-Handwerk hat sich in den vergangenen Monaten verbessert, wenn auch das Umsatzniveau in der gesamten Branche noch hinter dem Wirtschaftsjahr 2003 zurückliegt. Erfreulich ist auch die Entwicklung der Beschäftigung, die zu einer deutlichen Abnahme der Arbeitslosenzahlen bei den Optikern geführt hat. Daher wurde ein mehrjähriger Stillstand bei der Entwicklung der Löhne und Gehälter überwunden und ein neuer Tarifabschluss erreicht, der den Beschäftigten im bayerischen Augentoptiker-Handwerk deutlich bessere Tarifentgelte sichert. Darauf haben sich die Arbeitgeber und ver.di Ende Juli 2008 in München geeinigt. Das letzte vorherige Tarifergebnis stammte aus dem Jahr 2002. Seitdem hatte die Branche schwierige Zeiten zu überstehen, die vor allem durch die Einführung des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes 2004 verursacht wurden. Umsatzeinbußen in den Betrieben und große Arbeitslosigkeit bei den Beschäftigten im Augentoptiker-Handwerk waren die Folgen.

Vor diesem Hintergrund wurde ein spezifischer Tarifabschluss erzielt, der die Interessen der Beschäftigten berücksichtigt und der aktuellen

wirtschaftlichen Situation der Branche Rechnung trägt.

Im Einzelnen sieht der Tarifabschluss eine jeweilige Erhöhung des tariflichen Volumens in der Gruppe vor:

Gruppe I:	90 % der Gruppe II a	Gruppe III:	19,22 %
Gruppe II a:	14,57 %	Gruppe IV:	10,10 %
Gruppe II b:	12,69 %	Gruppe V:	5,78 %

Das bedeutet beispielsweise für die Gruppe II a, dass die Entgeltsätze in den zehn Berufsjahren in einer Bandbreite von 8,63 % bis 17,33 % erhöht werden.

Der Tarifvertrag gilt in den Regierungsbezirken Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz, Oberfranken, Schwaben sowie für einzelne Mitgliedsfirmen der Innung in den Regierungsbezirken Mittel- und Unterfranken. Er trat am 1. September 2008 in Kraft und hat eine Laufzeit bis zum 31. August 2010. ■

PH

Augenoptik Eine Posse mit dem Zentralverband

Vor dem Hintergrund des Tarifabschlusses in Bayern stellt sich der Verlauf der Tarifgespräche mit dem Zentralverband Augenoptik (ZVA) zunehmend als Posse heraus.

Der letzte Lohn- und Gehaltstarifvertrag, der mit dem ZVA abgeschlossen worden ist, stammte aus dem Jahr 2002 und hatte eine Laufzeit bis zum 31. Januar 2003. Aufgrund der prekären Situation, die sich im Zusammenhang mit der Einführung des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes 2004 abzeichnete, verzichtete ver.di auf eine Kündigung des Tarifvertrages.

Die Entwicklung in der Branche und bei der Beschäftigung war

entsprechend kritisch in den folgenden Jahren verlaufen. Spätestens ab Anfang 2006 befand sich die Branche aber wieder auf dem Pfad der Besserung, sodass man auch über einen neuen Tarifvertrag nachdenken konnte.

Im Jahr 2006 erfolgten dann auch erste hoffnungsvolle Gespräche, die aber bis zum heutigen Zeitpunkt zu keinem Ergebnis – mit dem die Beschäftigten halbwegs zufrieden sein könnten – geführt hat. Eine wesentliche Ursache hierfür ist das Verhalten des ZVA, der trotz positiver Entwicklung der Branche die ohnehin nicht besonders guten Tarife weiter verschlechtern Will. Das bezieht sich auf die Höhe des gesamten Jahreseinkommens, auf die Herauf-



setzung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden oder die Einschränkungen bei der Jahresonderzahlung. So beabsichtigt der ZVA, diese zum Beispiel nur noch erfolgsabhängig auszuzahlen oder sogar ganz ausfallen zu lassen. Ein Paket, welches die ver.di-Tarifkommission nicht akzeptieren konnte.

Die Verhandlungen ruhen derzeit. Ob sie erfolgreich wieder aufgenommen werden können, erscheint im Augenblick ungewiss. ■

PH

Arbeitsmarkt

Kurzarbeit steigt Erwerbstätigkeit sinkt

1,4 Millionen Menschen sind nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit derzeit in Kurzarbeit. Auch wenn dies als probates Mittel gilt, einen Beschäftigungsabbau in Zeiten einer Produktionsflaute zu vermeiden, zeigen die Zahlen des Statistischen Bundesamt, dass nicht nur die Zahl atypischer Beschäftigungsverhältnisse steigt, sondern die Erwerbstätigkeit insgesamt gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken ist.

Im zweiten Quartal 2009 hatten rund 40,2 Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Deutschland. Das sind 25.000 Personen oder 0,1 Prozent weniger als vor einem Jahr. „Vor dem Hintergrund der aktuellen Schwäche der Gesamtwirtschaft ist damit erstmals seit dem dritten Quartal 2005 die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland im Vorjahresvergleich wieder zurückgegangen“,

meldet das Bundesamt. Während im Produzierenden Gewerbe und im Baugewerbe eine Abnahme zu verzeichnen war, kam es zu einem Anstieg in den Dienstleistungsbranchen und der Landwirtschaft.

Der Anteil der atypisch Beschäftigten hat nach den Ergebnissen des Mikrozensus seit 1998 deutlich zugenommen. 1998 standen noch über 72 Prozent der Arbeitnehmer in einem sogenannten Normalarbeitsverhältnis, 2008 waren es nur noch 66 Prozent. Unter einem Normalarbeitsverhältnis wird ein Beschäftigungsverhältnis verstanden, das voll sozialversicherungspflichtig, mit mindestens der Hälfte der üblichen Wochenarbeitszeit und mit einem unbefristeten Arbeitsvertrag ausgeübt wird. Ein Normalarbeitsnehmer arbeitet direkt in einem Unternehmen, Zeitarbeiter werden in dieser Kategorie also nicht mitgezählt. Nach Ergebnissen der Verdienststrukturerhe-

Allgemeine Informationen zum Thema Kurzarbeit unter <http://druck.verdi.de/kurzarbeit>

bung, die zuletzt 2006 durchgeführt wurde, erhielt schon damals jeder zweite atypisch Beschäftigte einen Bruttostundenlohn unter der Niedriglohngrenze. Für das Jahr 2006 lag die errechnete Niedriglohngrenze für Deutschland bei 9,85.

Die Kurzarbeit, die jetzt bis zu 24 Monate lang möglich ist, wird in unseren Nachbarländern nicht angewandt, dort steigen die Arbeitslosenzahlen schneller. Die Kurzarbeit bei uns verhindert zwar eine größere Arbeitslosigkeit, bezahlt wird sie aber aus den Mitteln der Arbeitslosenversicherung. Doch ver.di fragt, ob damit der Anstieg der Arbeitslosigkeit nur bis nach der Bundestagswahl verschoben wird. ■

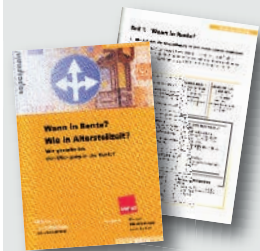
sus

Mehr dazu: http://wipo.verdi.de/wirtschaftspolitik_aktuell

Zwei neue Ratgeber für viele Lebenslagen



Gerade in Krisenzeiten kommt es zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit besonders auf den arbeits- und sozialrechtlichen Schutz der Beschäftigten an. Deshalb ist prekäre Beschäftigung für ver.di ein zentrales Thema. Der Anteil der prekär Beschäftigten ist allerdings in den vergangenen Jahren erheblich angestiegen. Je nach Definition weicht inzwischen jedes dritte bis vierte Arbeitsverhältnis vom sogenannten Normalarbeitsverhältnis ab. Grund genug für ver.di, den „Ratgeber atypische Beschäftigung“ wieder zu aktualisieren und neu herauszubringen. Die inzwischen neunte Auflage über 400-Euro-Mini-jobs, Teilzeit, Befristung und Leiharbeit kann für zwei Euro als gedruckte Broschüre beim ver.di-Ressort Sozialpolitik bestellt oder als 100-seitiges PDF-Dokument im ver.di-Mitgliedernetz heruntergeladen werden.



Auch der Ratgeber „Wann in Rente? Wie in Altersteilzeit?“ ist aktualisiert und neu aufgelegt. Die Broschüre kann ebenfalls beim Ressort Sozialpolitik bestellt werden oder als PDF-Datei aus dem ver.di-Mitgliedernetz heruntergeladen. ■

sus



Foto: Privat

Neuer Sprecher für Arbeitskreis ÖbVI

Der Arbeitskreis der Beschäftigten der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure hat einen neuen Sprecher gewählt: Es ist der Berliner Gregor Heidebring. Er löst damit seinen vielen Jahre engagierten, ebenfalls in Berlin lebenden Vorgänger Christoph Gerhard ab, mit dem er bisher schon eng zusammengearbeitet hat. Gregor Heidebring ist unter der Mail-Adresse zu erreichen: g-heidebring@versanet.de

Vermessungsingenieure

Dramatischer Strukturwandel und Stillstand in Tarifverhandlungen

Bei den Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren ist seit einigen Jahren für die Beschäftigten ein dramatischer Strukturwandel zu bemerken, der erhebliche Konsequenzen für die Beschäftigten hat.

Verstärkt wird dieser durch die aktuell anhaltende Finanz- und Wirtschaftskrise, die insbesondere Auftragseinbußen im katasteramtlichen Bereich, aber auch bei den übrigen vermessungstechnischen Ingenieurleistungen, etwa in der Industrie, hervorbringt.

Kurzarbeit ist daher auch in diesem Wirtschaftszweig gegenwärtig eine reale Größe. Das war das Ergebnis einer Tagung, die Anfang

Mai in Hannover stattfand. Neben allgemeinen Themen wie die Weiterentwicklung der beruflichen Aus- und Weiterbildung oder die Wahl von Betriebsräten in kleinen Betrieben wurde vor allem die tarifliche Situation besprochen. Hier ist insbesondere der Stillstand bei der Entwicklung des Lohn- und Gehaltstarifs zu verzeichnen.

Abgekoppelt

Seit 2002 ist der Tarifvertrag bereits in der Nachwirkung. Die Tarifverhandlungen hatten bisher immer nur den Willen der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure als Arbeitgeber gezeigt, die Gehälter und Leistungen, vor

allem für die älteren Beschäftigten, zu verschlechtern. Der Stillstand bei den Tarifverhandlungen bedeutet auch, dass die Beschäftigten dieses Bereichs in den vergangenen Jahren von der Einkommensentwicklung in anderen Branchen abgekoppelt wurden.

Alle Beteiligten waren sich einig, dass der derzeitige Zustand unhaltbar ist und ringend verändert werden muss. Es wurde daher beschlossen, eine neue Initiative gegenüber dem Bund der öffentlich bestellten Vermessungsingenieure BDVI zu starten mit dem Ziel, die Tarifverhandlungen möglichst bald wieder aufzunehmen. ■

PH/sus

Neue Berufe

Geoinformation als Wirtschaftsgut im rasanten Wandel

Schätzungsweise 80 Prozent aller Entscheidungen im öffentlichen und privaten Bereich haben einen räumlichen Bezug. Jeder nutzt Geoinformationen, oftmals ohne sich darüber im Klaren zu sein. Geoinformation als Wirtschaftsgut befindet sich in einem rasanten Wandel. Kennzeichen dafür sind der wachsende Bedarf an raumbezogenen Daten und die raschen Veränderungen in der Geoinformationstechnologie.

Mit der Neueinrichtung eines Ausbildungsberufs in der Geomatik soll der Tatsache Rechnung getragen werden, dass in diesem Hochtechnologiebereich neben dem Bedarf an Hochschulabsolventen auch ein wachsender Bedarf an Mitarbeitern mit einer Qualifikation in einem anerkannten Ausbildungsberuf besteht. Die Interpretation und Verknüpfung

von Geoinformationen mit Daten unterschiedlichster Herkunft hat in vielen Lebensbereichen zunehmend an Bedeutung gewonnen. Wir halten einen neuen Ausbildungsberuf in der Geomatik für notwendig wegen der Veränderungen in der Geodatenbearbeitung durch moderne Informations- und Kommunikationstechnologie. Damit werden zusätzliche Ausbildungspotenziale erschlossen und weitere Ausbildungsplätze in benachbarten Berufsbereichen geschaffen.

Der offizielle Startschuss für die Arbeit an der neuen Ausbildungsordnung war am 30. Januar 2009 mit dem Antragsgespräch im Ministerium für Wirtschaft und Technologie. Es wird in Zukunft zwei Berufe geben, den Geomatiker und den Vermessungstechniker. Für die Neuordnung der Berufsausbildung Geomatiker/in stehen die Arbeitsgemeinschaft der



Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland (AdV), der Deutsche Gesellschaft für Kartographie (DGfK) und der Verband Kartographischer Verlage in Deutschland (VKViDe.V), sowie die Deutsche Gesellschaft für Photogrammetrie, Fernerkundung und Geoinformation (DGPF) und die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di vertreten durch Lothar Zindel und die Mitglieder der ver.di-Abstimmungsgruppe, Michael Frischkorn, Hartmut Loewenthal, Karlheinz Schulthes und Michael Sennholz (siehe Bild).

Bei dem Beruf des Geomatikers wird einerseits die umfassende Neuausrichtung der Ausbildungsinhalte unterstützt, andererseits aber den Ausbildungsbetrieben durch die konsequente Prozessorientierung ermöglicht, die

eigenen Schwerpunkte zu berücksichtigen. Die Geomatiker-Ausbildung betont die Informationsverarbeitung und -darstellung, auch mit Hilfe kartografischer Elemente, der Vermessungstechniker ist eher technisch-mathematisch ausgerichtet. Die Novellierung des Berufes Vermessungstechniker/in findet auf Wunsch des Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung (KWB) statt und zwar auf Initiative des Bundes der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure (BDVI), der Bayerischen Vermessungsingenieure und der Energiewirtschaft. Die Neuausrichtung ermöglicht eine flexible, prozessorientierte Ausbildung, die auch den Beruf des Bergvermessungstechnikers mit abdeckt. ■

Wolfgang Pertramer,
Hartmut Loewenthal



Foto: Christian Jungel/td/ver.di-fotobarchiv

Aktionen

Mindestlohn und Datensammelwut: Am 12. September ruft ver.di auf die Straße

Zwei Themen stehen am Samstag, 12. September, für ver.di so kurz vor der Bundestagswahl im Mittelpunkt: der Mindestlohn und die Vorratsdatenspeicherung. In vielen Städten sind dazu Demonstrationen und Aktionen geplant. Die Großdemonstration gegen die Datensammelwut ist in Berlin um 15 Uhr am Potsdamer Platz.

In welchen Städten weitere Aktionen zur Vorratsdatensammlung starten, wo die großen roten Wahlurnen für den Mindestlohn stehen werden und welche Mitfahrmöglichkeiten organisiert

sind, ist in den ver.di-Geschäftsstellen zu erfahren.

Der Mindestlohn ist für ver.di eines der wahlentscheidenden Themen. Ver.di setzt sich seit Jahren zusammen mit der Gewerkschaft Nahrung – Genussmittel – Gaststätten (NGG) für einen Mindestlohn von 7,50 Euro ein, der aber schnell angehoben werden soll. 20 von 27 EU-Ländern haben einen gesetzlichen Mindestlohn. In Westeuropa liegt die für alle Arbeitnehmer verbindliche Lohnuntergrenze meist über 8,40 Euro.

Wie stehen die Kandidatinnen und Kandidaten des eigenen

Wahlkreises zum Thema Mindestlohn? Wer sich vor dem Kreuzen am 27. September darüber informieren möchte, kann hier nachschauen:

<http://www.mindestlohn09.de/kandidatinnencheck/>

sus

Mehr Informationen zur Bundestagswahl

<http://wahlen09.verdi.de/>

Der schnelle Klick zu den ver.di-Geschäftsstellen

http://www.verdi.de/ver.di_vor_ort_-_wir_sind_fuer_sie_da



Foto: Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung

Zeitarbeit

Die europäischen Nachbarn machen es besser

In fast allen Nachbarländern sind ZeitarbeiterInnen besser abgesichert als in Deutschland. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung, die sieben westeuropäische Länder vergleicht. Vor allem der Lohnabstand zwischen LeiharbeiterInnen und Stammbesetzungen ist in Deutschland besonders gravierend.

Der DGB fordert alle Ausnahmen von der gesetzlich vorgesehenen Gleichbehandlung der ZeitarbeiterInnen mit den Beschäftigten der Entleihbetriebe zu streichen. Arbeitsverträge dürfen auch nicht auf einen vorgesehenen Einsatz befristet werden, um die Beschäftigungsstabilität zu verbessern. Durch eine Stärkung der Mitbestimmung der Betriebsräte soll sicher gestellt werden, dass die Rechte der Beschäftigten tatsächlich durchgesetzt werden. Die Bundesagentur für Arbeit soll ein wirksames Instrumentarium von Sanktionen erhalten.

Die Positionen der Bundestagsparteien in Kürze:

SPD: Zeitarbeitsverhältnisse absichern durch Mindestlohn von 7,50 Euro, nach Einarbeitung gleiche Bezahlung, mehr Mitsprache der Betriebsräte.

Bündnis 90/Die Grünen: Bezahlung wie die Stammbesetzungen, nur befristete und begründete Ausnahmen.

Die Linke: Zeitarbeit strikt begrenzen, gleiche Bezahlung, maximale Ausleihdauer sechs Monate.

CDU/CSU: Keine explizite Äußerung, gegen Lohndumping, Sittenwidrigkeit von Löhnen gesetzlich regeln.

FDP: Keine Äußerung zur Zeitarbeit, Mindestlöhne generell nicht akzeptabel. ■

www.hundertprozentich.de/

sus